

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßte Zeitspalte oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Dienstag, den 12. Februar 1918.

25. Jahrg.

Rußland und Deutschland.

Da auch heute kein näherer Bericht über die Verhandlungen in Brest-Litowsk, die zur Abgabe der bekannten Erklärung Trojks führten, vorliegt, so tappt man weiter im Dunkeln. Denn es ist doch kaum anzunehmen, daß ohne jede vorherige — na sagen wir einmal: Aussprache von deutscher oder österreichischer Seite einer- und russischer Seite andererseits einfach die Erklärung Trojks zu diesem tatsächlichen Zug in Brest liegen ja nahe: Nach dem Friedensschluß mit der Ukraine wurde die Stellung der russischen Delegation in Brest-Litowsk schwächer als vorher. Gegen den Sonderfrieden und die Lostrennung eines bisher russischen Fremdenlandes vom Mutterlande blieb nur der leere Protest. Eine Aussicht, die bolschewistische Lösung der östlichen Friedensfragen durchzuführen, bestand nicht mehr. Fortsetzung des Krieges ist für Rußland gleichfalls ausgeschlossen. Innere Nationalitätenkämpfe vollenden den durch chaotische Parteikämpfe geförderten Zusammenbruch, im beharabischen Gebiet toben die Kämpfe zwischen zumänsischen und bolschewistritruppen, in der Ukraine gewinnen die Anhänger der Zentraltraba militärisch und politisch die Oberhand. Finnland erzittert unter den Greueln des Bürgerkrieges, in Petersburg treibt der Hunger die Massen auf die Straße, die russische Armee ist aufgelöst und desorganisiert, daß es einer Demobilisierung kaum noch bedarf, Litauen und Kurland drohen angesichts des bolschewistischen Gewaltregiments und des allgemeinen russischen Wirrwarrs mit völliger Lostrennung. Kurz: Für Friedensunterhandlungen mit den Zentralmächten hat die gegenwärtige russische Regierung den festen Boden unter den Füßen verloren. So liegt denn in Trojks neuesten Brest-Erklärungen das Bekenntnis eines Bankrotts.

Noch weiß man nicht, wie sich die Zentralmächte zu dieser unerwarteten Wendung der russischen Delegation stellen werden. Die Sozialdemokratie hat jedenfalls einen anderen Ausklang erhofft und erstrebt, aber da die Bolschewiks offenbar die Verantwortung für einen Friedensschluß unter den durch die ukrainische Lostrennung geschaffenen Umständen nicht übernehmen wollen und keine glimpfliche Lösung finden, als resultatlos nach Hause zu fahren, sind zunächst weitere politische Erwägungen hinfällig. An der russischen Delegation hat sich in Brest-Litowsk das starre System des bolschewistischen Dogmas gerächt. Wir haben mehrmals gegen manche Auffassungen Kühlmanns protestiert. Über Trojks verfallene im Laufe der Verhandlungen. Seine Haltung zeigte, daß er an die agitatorische Kraft seiner Reden mehr glaubte als an eine Arbeit, die sich als Ziel der Erreichung des Praktisch-Möglichen stellt. Wenn er jetzt mit leeren Händen nach Petersburg zurückfährt, ist er nicht ohne Schuld. Der Bolschewismus hat seine Rolle als Friedensbringer ausgespielt, nachdem ihm die sozialistisch gerichtete Kiemer Regierung mit dem Friedensschluß zugeordnet worden ist.

Was soll nun werden? Die anexionistische Presse empfiehlt bereits, jetzt Rußland gegenüber keinerlei Entgegenkommen zu zeigen und mit aller Schärfe vorzugehen. Wir sind demgegenüber der Meinung, daß auch jetzt eine verständige Versöhnungspolitik dem Osten gegenüber maßgebend bleiben muß. Dem entwaffneten Rußland könnten jetzt die von den Zentralstaaten besetzten Gebiete entzogen und ihnen einverleibt werden: Litauen, Kurland, Estland. Aber mit einem solchen Beginnen, das wohl nur bei den extremsten Alldeutschen Anklang fände, verleugneten die Regierungen der Mittelstaaten ihre eigenen Erklärungen, keine Eroberungen machen zu wollen. Mit einem solchen Schritte wäre das Vertrauen zu der Diplomatie der Zentralstaaten vernichtet und auf lange Zeit nicht wieder zu gewinnen. Zu einer solchen Annexion darf es nicht kommen. Die besetzten Gebiete mögen selbst entscheiden über ihr zukünftiges Geschick, und die beste Lösung, die auch in Rußland keine dauernde Verbitterung zurückläßt, wäre die, daß die Estländer, Kurländer, Esten usw. selbständige Staaten gründeten.

Schon aus rein tatsächlichen Gründen müßte der Weg der versöhnlichen Politik eingeschlagen werden. Wer weiß, wie lange Lenin und Trojks noch am Ruder bleiben. Eine neue Regierung dürfte aber vielleicht eher geneigt sein, mit den Mittelstaaten zu einem offiziellen Friedensschluß zu kommen. Die Verhandlungen hierüber, die den Mittelstaaten doch auch nur angenehm sein könnten, dürften aber erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht werden, durch ein aggressives Auftreten Deutschlands und seiner Verbündeten.

Man könnte dem gegenüberhalten, daß doch die Bolschewisten die Demobilisierung der jetzigen Armeen nur vornehmen, um dann nach dem Vorstoß des famosen Kadel eine neue Revolutionsarmee zu schaffen. Wir glauben nicht daran und können uns hierbei auf die vielen

schen Sachverständigen berufen, die uns erklären, daß Rußlands Heer völlig demoralisiert sei. Ein solches Heer wird aber auch unter einer neuen Flagge nicht schlagfertig.

Eines allerdings ist richtig: Wenn die Mittelmächte jetzt Rußland scharf anfallen, dann könnte die Volksleidenschaft sehr leicht wieder aufflammen. Dann möchten wir uns allerdings nicht der Täuschung hingeben, daß ein solches Volksheer sehr leicht zu besiegen sei. Deshalb spielen man nicht mit dem Feuer; es könnte gefährlich werden.

Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß angesichts der gegenwärtigen Situation der Deutsche Reichstag oder mindestens doch sein Hauptauschuß einberufen wird, um ebenfalls zu dieser Frage, die das ganze deutsche Volk auf das tiefste berührt, Stellung zu nehmen. Die Volksvertretung darf hierbei unter keinen Umständen ausgeschaltet werden.

Die Erklärung Trojks über die Beendigung des Kriegszustandes im Osten wird von den Berliner Blättern äußerst zurückhaltend besprochen.

Die „Kreuzzeitung“ führt aus: Man darf das jetzt Erreichte einem geordneten Friedensschluß nicht gleichsetzen. Die Natur der Bolschewiki bürgt uns dafür, daß sie alles daran setzen werden, der Herstellung geordneter Friedensbeziehungen auch weiterhin Schwierigkeiten zu bereiten. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, im Osten noch immer Gewehr bei Fuß zu stehen.

Die „Deutsche Tagesztg.“ erklärt: Trojks Verschleppungstaktik wird fortgesetzt und soll, gewissermaßen sanktioniert werden. Aus diesem Grunde besonders ist uns von Interesse, wie sich die Deutsche Regierung stellen wird.

Die „Post“ erklärt: Wir können über alle noch ungelösten Schwierigkeiten im Osten voller Ruhe hinwegzusehen. Solange der Krieg noch dauert, sind wir im Osten frei. Alle unsere Kräfte können fortan nach Westen spielen.

Die „Berl. N. Nachr.“ erwarten, daß der Nachrich von dem Verzicht Trojks auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages bald die Meldung folgen wird, daß Trojks einen Vertrag unterzeichnet hat.

Die „Dtsch. Ztg.“ sagt: Der sieghaften Macht der deutschen Massen haben sich unsere Gegner im Osten im Gütlichen gefügt. Im Westen aber müssen wir es dahin bringen, durch die deutschen Waffen die Feinde zum Frieden zu zwingen.

Die „Germania“ schreibt: Für uns bleibt der Kriegszustand rechtlich bestehen. Wir haben uns nur darüber schlüssig zu machen, wie weit wir der russischen Erklärung folgen wollen. Ebenso bleibt unsere Besetzung der im Osten eroberten Gebiete bestehen. Wir müssen nun möglichst schnell die Selbstbestimmung der russischen Völker verwirklichen. Das ist die große Aufgabe, vor die uns der „bedingungslose“ Frieden der Bolschewiki im Osten stellt.

Die „Tägl. Rdsch.“ erklärt: Daß Trojks sich gezwungen sah, sehr plötzlich seine Haltung zu ändern, ist unser Erfolg. Daß die Art, wie er das tut, nicht unser Schaden sein werde, dazu mögen die sehen, denen die Macht dazu in die Hände gegeben ist.

Die „Berl. Ztg.“ wünscht einen Frieden auch mit dem übrigen Rußland, aber es muß ein Friede sein und nicht ein blutleeres Gebilde bolschewistischer Herkunft.

Das „Berl. Tagebl.“ führt aus: Wir haben einen Frieden mit Rußland, weil keine russischen Truppen mehr vorhanden sind, aber wir haben einen Frieden ohne feste Grundlage, ohne Verständigung.

In der „Post“ heißt es: Es kommt nach wie vor darauf an, bei der zukünftigen Gestaltung unserer östlichen Grenzen die Möglichkeit eines dauernden Bündnisses mit dem späteren Rußland zu lassen.

Die „Volksztg.“ kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob Herr Trojks durch einen Schachzug die Situation für die Bolschewiki-Partei retten wollte.

Die Kommissionsverhandlungen mit Rußland.

Weski meldet aus Berlin: Wir wir hören, führten die in Petersburg zwischen den Delegierten der deutschen und russischen Regierung gepflogenen Beratungen über die Gefangenensfragen nach längerer Verhandlung zunächst zur Unterzeichnung eines Abkommens, wonach die beiderseitigen dienstuntauglichen Kriegsgefangenen möglichst bald in ihre Heimat überführt werden sollen. Entsprechende Abkommen mit Rußland wurden auch gleichfalls in Petersburg mit den anwesenden österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Vertretern unterzeichnet. Bei den zurzeit in Rußland herrschenden Verhältnisseverhältnissen wird man freilich mit nicht unerheblichen Verzögerungen in der Ausführung des Transportes rechnen müssen, doch ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die in dieser Richtung bestehenden Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben.

Der Friedensschluß mit der Ukraine.

Zwischen den Vertretern des Deutschen Reiches und der ukrainischen Volksrepublik ist in einem Zusatzvertrag zum Friedensvertrag die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine, der Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, beiderseitige Ausnahmen bestanden und diese Ausnahmen nach dem Kriege jeder dritten Macht gegenüber gleichmäßig aufrechterhalten werden. Jeder vertragsschließende Teil wird alle Schäden ersehen, die in seinem Gebiet während des Krieges von den dortigen staatlichen Organen oder der Behandlung konsularischen Beamten des anderen Teiles zugefügt oder an Konsulatsgebäuden dieses Teiles oder an deren Inventar angerichtet worden sind.

Die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Rußland vor dem Kriege in Geltung gewesen sind, treten zwischen den vertragsschließenden Teilen, vorbehaltlich abweichender Bestimmungen bei der Ratifikation mit der Ausnahme wieder in Kraft, daß, soweit sie für eine bestimmte Zeit unfundiert sind, diese Zeit um die Kriegsdauer verlängert wird.

Die vertragsschließenden Teile sind darüber einig, daß den beiderseitigen Angehörigen die Schäden ersetzt werden, die sie infolge von Kriegsgefahren durch die zeitweilige oder dauernde Entziehung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten, Konzessionen, Privilegien und ähnlichen Ansprüchen, oder durch die Beaufsichtigung, Verwaltung, Verwertung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen erlitten haben. Das Gleiche gilt für die Schäden, die den Zivilangehörigen während des Krieges außerhalb der Kriegsgebiete von den staatlichen Organisationen oder der Bevölkerung des anderen Teiles durch völkerverrechtswidrige Gewalttate an Leben, Gesundheit oder Vermögen zugefügt worden sind.

Der bereits im Gang befindliche Austausch untauglicher Kriegsgefangener wird mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. Die nach völkerverrechtlichen Grundsätzen zu ersattenden Anwendungen für die Kriegsgefangenen werden gegeneinander aufgerechnet. Die internierten oder verhafteten Zivilangehörigen werden tunlichst bald unentgeltlich heimbeordert werden. Den Angehörigen jedes vertragsschließenden Teiles, die aus dem Gebiet des anderen Teiles stammen, soll während der Zeit von

die Fürsorge für Rückwanderer, die aus Anlaß des Friedensschlusses zu erlassende Amnestie und die Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kaufahrteilschiffe geregelt werden.

Der Zusatzvertrag enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Bei Aufnahme der konsularischen Beziehungen wird jeder vertragsschließende Teil die Konsuln des anderen Teiles an allen Plätzen seines Gebietes zu lassen, soweit nicht bereits vor dem Kriege für einzelne Plätze oder Ge-



Lufteinriffe auf das deutsche Heimatgebiet im Januar.

WFB. Berlin, 11. Februar. (Amtlich.) Im Januar unternahm die Gegner 31 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet, davon galt 15 dem lothringisch-lugemburgischen Industriegebiet, 14 den offenen Städten Ludwigshafen und Freiburg (je 3 Angriffe), Erier (2 Angriffe), Friedrichshafen, Kehl, Offenburg, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg (je 1 Angriff). Wenngleich die Zahl der Angriffe gegenüber dem Vormonat (13 Angriffe) infolge der günstigen Wetterlage bedeutend stieg, so waren doch für uns die Schäden und Verluste glücklicherweise geringer als in den Vormonaten. Die Opfer der Angriffe waren insgesamt 5 Tote und 9 Verletzte. Der Sachschaden war in allen Fällen unerheblich. Die wenigen Bomben, die auf Werke der Rüstungsindustrie fielen, hatten eine kaum nennenswerte Betriebsstörung zur Folge. Der Gegner büßte bei diesen Angriffen 4 Flugzeuge ein.

Ein Blick hinter die Kulissen des amerikanischen Kriegstheaters.

Eine Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Dem Kriegsfeldmarschall Baker wurde vor dem Ausschuss des Kongresses zur Untersuchung der Gründe für die Verzögerung in der Ausrüstung des amerikanischen Heeres von dem demokratischen Senator Chamberlain vorgeworfen, er täusche mit feiner neuzeitlicher Erklärung über die verfügbaren Streitkräfte der Vereinigten Staaten das amerikanische Volk und bräute ihm den ertümelten Glauben bei, daß die Truppen hinreichend ausgerüstet seien und die ganze Lage ruhig sei. Baker wandte dagegen ein: Er sagte lediglich, daß die dringlichsten Bedürfnisse der Truppen in Frankreich gedeckt seien. Von allerdings ungeheuren Mängeln in der Ausrüstung der Truppen in den Ausbildungslagern sprach er absichtlich nicht, da er es nicht für richtig hielt, im Volk Zweifel aufkommen zu lassen, die die Regierung nicht für begründet halte. Der Ausschuss bestritt indessen, daß selbst die nötige Ausrüstung der Truppen in Frankreich vorhanden sei. Baker gab ferner zu, daß eine Erweiterung des Planes für die Artillerieausrüstung nützlich wäre. Er behauptete aber, daß die gegenwärtige Lage keinen Grund für Besorgnisse gäbe. Der Senator Chamberlain bestritt dies mit dem Hinweis, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten acht Monaten erhebliche schwerere Aufgaben gegenüberstehen würden, als in den neun Monaten seit ihrem Eintritt in den Krieg. Der Ausschuss bezeugte es dabei als einen schweren Fehler, daß das Kriegsdepartement, abgesehen für die Herstellung eines französischen 24-Zentimeter-Geschützes und der dazu gehörigen Munition, alle maßstäblichen Anlagen im Lande vorhanden waren, es abgelehnt hätte, diesen Geschütztyp anzunehmen. Baker gab weiter zu, daß das Kriegsdepartement keinen Versuch machte, dem Kongress Ende 1916 die Notwendigkeit größerer Kriegsvorbereitungen nahezu legen, obwohl der Bundesregierung aus aufgefängenen deutschen Dokumenten die Mängel Deutschlands, die Vereinigten Staaten auch weiterhin zu misshagten, bekannt war. Er betonte, daß er persönlich 1916 nicht davon überzeugt war, daß die Vereinigten Staaten 1917 in den Krieg eintreten würden. Er räumte aber ein, daß es nützlich gewesen wäre, mit den Kriegsvorbereitungen 1916 zu beginnen. Auf die Frage, wann die vollständige Ausrüstung der sämtlichen Truppen und der Ausbildungslager in den Vereinigten Staaten zu erwarten sei, erklärte Baker, keine bestimmte Antwort geben zu können. — Die Meldung fügt hinzu, daß die Stellung Bakers schwer erschüttert sei. Wilson versuche, ihn zu halten, aber Baker werde verlustlos trotzdem zurücktreten; eine Möglichkeit, die dem Ansehen Wilsons nicht förderlich wäre.

Dichtung und Wahrheit.

Mit den Tendenzmeldungen gewisser Blätter: Der Jubel in England über den Streit in Deutschland, oder: Der Zusammenbruch der Mittelmächte, vergleiche man den folgenden Bericht englischer Pressestimmen, die der Londoner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ seinem Blatte sendet. Der Korrespondent sagt, die Londoner Presse nehme die Meldungen über den Streit in Deutschland mit großer Reserve auf. Beispielsweise meint die „Morning Post“, daß man es mit einer Falle für die britischen Arbeiter zu tun habe. Das Blatt glaubt, daß die Berichte — die Berichte Wolffs! — über den Streit ausschließlich für den Export bestimmt sind und just in dem Augenblick kämen, da in Südwest eine Abkündigung der Amalg. Soc. of Engineers über einen Streik bevorstehe. (Es drohen bekanntlich in England allgemein Ausstände wegen der neuen Heeresanshebungen, die große Massen von Arbeitern, die bisher frei waren, treffen würden.)

Auch die „Times“ ist der Meinung, daß die Berliner Berichte den Zweck haben, Einfluß auf die britischen Arbeiter zu gewinnen, „um Großbritannien in den Zustand zu bringen wie Rußland“. Sonst hätte sie die deutsche Zensur wohl nicht passieren lassen. Das Blatt geht sogar so weit, es für möglich zu halten, daß die Streiks von oben (!) geduldet und ermutigt werden, um in Amerika den Eindruck zu erwecken, daß Wilsons demokratische Ideale erfüllt werden sollen. „Wir haben“, sagt das Blatt, „von Anfang an auf die Gefahr verwiesen, daß Deutschland, wenn es begreift, daß es nicht weiterkämpfen kann, versuchen dürfte, von den Demokratien günstige Bedingungen zu erlangen, indem es vorgibt, nun selbst eine Demokratie zu sein.“

Endlich die Stimme des „Manchester Guardian“. Dieser meint, die Streiks in Deutschland seien politischer Natur und die Antworten auf die Aufrufe der Bolschewiki (?). Man hätte es mit den ersten entschiedenen Manifestationen zugunsten eines demokratischen Friedens seit Kriegsbeginn zu tun. Die Bedeutung der Streiks dürfte nicht verkannt werden.

Das alles klingt doch wesentlich anders, als das, was die offiziellen und offiziellen Telegraphenbureaus und gewisse Zeitungen dem deutschen Publikum vorgelesen haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen direkte Reichssteuer.

Ein wenig ruhiges Zukunftsbild entwarf der badische Finanzminister in der zweiten badischen Kammer. Über die Steuerpläne des Reiches teilte er mit, daß noch kein festgestelltes Programm entworfen sei, da noch nicht feststehe, wie weit die Dedungsmaßnahme bei dem monatlichen Bedarf von drei Milliarden angesetzt werden müssen, und da auch noch unklar sei, wieviel mehr tragen, und wieviel für den Krieg aufzubringen werden, die diesen Krieg in die Welt gebracht hätten. Mit aller Macht werde er

Der amtliche Kriegsbericht.

WFB. Großes Hauptquartier, 12. Febr. (Amtlich.)
Weltlicher Kriegsschauplatz.

Geeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

In vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit. Infanterie-Abteilungen führten südlich von St. Quentin und auf dem östlichen Maasufer am Couzières-Walde erfolgreiche Erkundungen durch und machten dabei Gefangene.

Herzog Albrecht von Württemberg.

Zwischen Flizey und der Mosel Artillerie- und Minenkampf, der sich heute morgen besonders in der Gegend von Benauville verstärkte.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Die militärische Lage ist an der Front gegenüber den Großrussen und den Rumänen unverändert.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden tagsüber lebhaft Feueretätigkeit. In östlichen Angriffen säuberten österreichisch-ungarische Truppen feindliche Stützpunkte am Südhange des Sasso Rosso und nahmen dabei sechs Offiziere und 170 Mann gefangen.

An der Magdenischen Front nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

sich aber gegen die Wegnahme der Vermögens- und Einkommensteuer wehren. Wenn er der ersten Pflicht, das zu verhindern, nicht gerecht werden könne, dann werde er seinen Pflichten nachkommen. An neuen Steuern stellte der Finanzminister die Einführung einer ledigensteuer in Aussicht. Interessant war ein von der Regierung gegebener Vergleich zwischen den Einnahmen von 1914 und denen von 1917. Es zeigt sich da, daß die Einnahmen von 900—20 000 Mark von 60,3 Proz. auf 46,1 Proz. zurückgegangen sind, daß die Einnahmen von 20 300—50 000 Mk. fast gleich geblieben sind, dagegen die Einnahmen der Einkommensteuer von 29 Proz. auf 43,3 Prozent gestiegen sind. Dabei ist die Zahl der Steuerpflichtigen von 475 426 auf 357 777 gesunken.

Kein Kurswechsel.

Zu den jüngsten Ereignissen schreibt die „Germania“: „Wir haben die Haltung der Sozialdemokratie bei dem Ausstand nicht zu billigen vermocht. Ein wesentlicher Punkt, ihr damaliges Zusammengehen mit den „Unabhängigen“, ist seitdem bereits geklärt: die feindlichen Brüder liegen wieder im schärfsten Streit über ihre Schuld am Scheitern der Bewegung. Weiter hat der „Vorwärts“ festgestellt, daß eine Veränderung in der politischen Haltung der Mehrheitssozialisten nicht vorläge. Nun darf man nicht übersehen, daß die Reichsregierung selbst einen ausschlaggebenden Faktor für die augenblickliche Parteifission bildet. Gerade in den kritischen Streitlagen hat aber der Vizeminister von Payer sein Amt übernommen, nachdem er zuvor mit dem Grafen Hertling eine längere Aussprache gepflogen. Dessen Ergebnis war, daß auch die Reichsleitung einheitlich und geschlossen an der Vereinbarung zwischen ihr und den Parteien vom November festhält. Von allen Mehrheitsparteien, mit Einschluß, wie gesagt, der Sozialdemokraten, gilt das gleiche. Jeder Realpolitiker, der die Staatskunst nicht als eine Gefühlsache betrachtet, wird unter solchen Umständen keinen Anlaß zu einem Kurswechsel sehen, muß vielmehr die Versuche der Unentschiedenen und der Unabhängigen Sozialisten, die Mehrheitsparteien zu sprengen, für aussichtslos halten.“

Die Sozialdemokratie lehnt ein schickliches Zusammenarbeiten mit anderen Parteien, wo und solange dies möglich ist, nicht ab. Andererseits wird sie sich durch ein solches Zusammenarbeiten von dem Lun, das sie für richtig hält, nicht abhalten lassen.

Eine Regierungserklärung gegen die Wahlrechts-Verfälschung.

Der Wahlrechtsausschuß des Abgeordnetenhauses erledigte gestern bis auf einige kleinere vorläufig zurückgestellte Punkte die Herrenhaus-Vorlage. Gegenüber einem von konservativer Seite gestellten Antrag, nach der Herrenhaus-Vorlage zunächst nicht die Abgeordnetenhause-Vorlage, sondern den Gelegenheitsbeir. Abänderung der Art. 62 und 99 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (Kompetenzgesetz) zur Beratung zu stellen, erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums, er könne nur dringend empfehlen, die vorzuschlagene Umstellung nicht vorzunehmen, sondern nunmehr zur Beratung der Wahlrechtsvorlage überzugehen. Auch sei er der Meinung, daß in weiten Kreisen des Landes der Eindruck wenig günstig sein werde, wenn die Vorlage jetzt wieder zurückgestellt werde. Er gebe zu, daß bei Voranstellung der Beratung der Herrenhaus-Vorlage sachliche Gesichtspunkte maßgebend waren. Die königliche Staatsregierung habe auch nicht den Eindruck aus der Art der Verhandlungen in der Kommission gewonnen, als ob eine Verfechtung der Vorlagen damit beabsichtigt war. Für eine vorgeschlagene weitere Umstellung könnten dagegen sachliche Gesichtspunkte in dem Maße nicht zur Begründung angeführt werden. In weiten Kreisen würde es unangenehm sein, wenn die Regierung sich zu diesem Vorschlag stillschweigend verhalten würde. Es könnte die Schlussfolgerung daraus gezogen werden, als ob die Regierung nicht mit Energie darauf bringe, die Wahlrechtsvorlage in dem Rahmen, in dem sie sie aufgestellt habe, möglichst bald zur Verabschiedung zu bringen. Er könne die politische Erklärung abgeben, daß die Regierung nach wie vor den festen Willen habe, innerhalb des Rahmens der Vorlage zu einer Verständigung mit dem Hause zu kommen, aber auch nur innerhalb dieses Rahmens, und daß sie alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden werde, um die schnelle Verabschiedung der Vorlage im Sinne und Geiste, wie sie eingebracht sei, durchzusetzen. Der Antrag wurde darauf abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

Unzufriedenheit der Polen Oesterreichs mit dem Ukraine-Vertrag.

Wegen der Zuteilung des Cholmer Landes an das neu-ukrainische Staatsgebiet hat der Polenklub die Beziehungen mit der österreichischen Regierung gekündigt. Die Regierung steht nunmehr einem geschlossenen tschechisch-polnisch-ukrainischen Block gegenüber.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 12. Februar.

Die Wohnungsnot in Lübeck.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß in Lübeck bereits eine Wohnungsnot besteht, die düstere Perspektiven für die Zukunft eröffnet. Nun werden in dem soeben erschienenen Vierteljahrsbericht des Statistischen Amtes genauere Zahlen veröffentlicht, die uns erst einen richtigen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse gestatten. Anfang Dezember vorigen Jahres standen in Lübeck nur noch 217 Wohnungen leer, von denen nicht einmal ein Drittel, nämlich 69, sofort vermietbar war. Unter den übrigen waren 73 Sommerwohnungen und 42 schon vermietet, aber noch nicht bezogen, 11 weitere standen wegen Todesfall usw. leer, acht sollten verkauft werden, je 5 waren baufällig oder zu Lagerräumen umgewandelt und 4 im Umbau begriffen.

Die Zahl der frei verfügbaren Wohnungen belief sich

1910 auf	780	oder 3,04 Prozent
1911	366	„ 1,44 „
1912	199	„ 0,77 „
1913	142	„ 0,50 „
1914	167	„ 0,58 „
1915	269	„ 0,93 „
1916	178	„ 0,61 „

1917 machte sie nur noch 69 oder 0,24 Prozent aus. Die Wohnungsnot der letzten Jahre hat sich also weiter verschärft und die schon lange drohende Not ist da und nicht mehr wegzulagern. Denn für eine Stadt wie Lübeck sind 69 freie Wohnungen selbstverständlich völlig unzureichend.

Die Wohnungen, die vermietbar waren, verteilten sich über die Stadt wie folgt:

Innere Stadt	19
St. Jürgen	8
St. Lorenz	4
St. Gertrud	3
Eingemeindungsbereich	35

davon 29 in Siemens-Dänischburg. Danach sind fast alle Stadtteile über den Rand am schlechtesten aber doch die Vorstädte gestellt; das große St. Lorenz weist nur noch ganze 4 unbewohnte Wohnungen auf, wobei hier fast schon ein absoluter Mangel an Obdach zu verzeichnen ist.

Was die Dauer des Leerstehens betrifft, so fanden 28 der 69 Wohnungen noch keine drei Monate leer, während 43, insbesondere die 29 in Siemens-Dänischburg und sonst meist teure, schon über ein Jahr lang außer Benutzung waren.

Der Mietwert der frei verfügbaren Leerwohnungen betrug in 45 Fällen bis 200 Mark und in 14 über 500 Mark. Im Prozenten sind das 65,2 Prozent bzw. 20,3 Prozent gegen 31,4 Prozent bzw. 32,0 Prozent im Vorjahre. Danach ist die Zahl der billigen Wohnungen lange nicht im Maße wie die der großen zusammengekauften. Dasselbe ergibt sich, wenn man einen Blick auf die Größe der Leerwohnungen wirft. Bis zu zwei heizbaren Zimmern entfielen diesmal auf ihnen 55 oder 79,7 Prozent, 1916 dagegen nur 56,2 Prozent. Die großen Wohnungen sind also im Laufe des Jahres 1917 ganz besonders knapp geworden und es ist ein großer Fortschritt, daß noch ein ausreichender Vorrat an ihnen vorhanden ist. Solche mit fünf und mehr Zimmern standen nur noch in acht Fällen zu Verfügung. Der alte Satz „Wohnungsnot ist Kleinwohnungsnot“ hat zurzeit für Lübeck keine Gültigkeit mehr.

Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale ist dagegen aus begründlichen Gründen weiter angewachsen. 1916 fanden ihrer 63 leer, diesmal 70, meist Läden, nämlich 51, ferner zehn Kontore, acht Werkstätten usw. Wie die Knappheit der Wohnungen, so wird auch der Ueberfluß an Geschäftslokalen erst mit dem Kriege aufhören.

Die Bautätigkeit ist im Jahre 1917 fast zum völligen Stillstand gekommen, hat auch nur ein Mehrmaß von je zwei Wohngebäuden und Wohnungen stattgefunden. Die Zahlen des Vorjahres waren:

	Wohngebäude	Wohnungen
1914	169	318
1915	40	75
1916	5	11

Man ersieht daraus, wie das Bauen allmählich aufgehört hat. Die gesamte Zahl der in der Stadt Lübeck vorhandenen Wohnungen belief sich Ende 1917 auf 29 040. Das sind 237 mehr als zu Beginn des Krieges, wo es ihrer 28 803 gab. Aber, obwohl jetzt mehr Wohnungen als damals zu Verfügung stehen und obwohl weiter unsere Bevölkerung gegenüber 1914 gestiegen ist, reicht die Menge der jetzt vorhandenen Wohnungen doch nicht aus, weil die Zahl der Haushaltungen in den letzten Jahren trotz des Krieges ständig zugenommen hat. Der Bedarf nach Wohnungen ist also trotz Abnahme unserer Einwohnerzahl gestiegen und kann aus dem vorhandenen Vorrat nicht mehr genügend befriedigt werden.

Das Bild, das uns hier entrollt wird, ist ein geradezu erschreckendes. Denn wenn auch mancherlei Maßnahmen vom Staat getroffen werden, um der Wohnungsnot zu steuern, so ist das alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Man muß sich doch darüber klar sein, daß der Anspruch auf Wohnungen nicht ab-, sondern zunimmt. Das wird sich naturgemäß steigern, je mehr wir dem Ende des entsetzlichen Völkermordes entgegengehen. Und der Höhepunkt wird erreicht werden, wenn nach heftigstem heutigem Friedensschluß die Massen der Krieger heimkehren. Viele wollen sich kein eigenes Nest bauen, wollen das verwirklichen, woran sie der granige Krieg bisher gehindert hat. Was dann? Das ist die lange Frage, die heute schon dringend der Lösung harret. Die Wohnungsfrage ist heute eine der brennendsten Fragen in Lübeck!

Weitergewährung der Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten.

Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten, die zunächst für die Zeit bis zum 31. 12. 1918 in Aussicht genommen wurden, werden voraussichtlich auch später gewährt werden, da die Teuerung, die der Anlaß für die Gewährung dieser Zulagen ist, aller Voraussicht nach auch nach dem 31. 12. 1918 nicht gehoben sein dürfte. Es besteht demgemäß die Absicht, im Wege der Gesetzgebung eine Weiterzahlung der Zulagen über den 31. 12. 1918 hinaus herbeizuführen.

Das haben wir für ganz selbstverständlich gehalten.

Der Jugendklub, der die Kräfte der Schüler und Schülerinnen in allen Schulen in den Dienst der Fürsorge für Kriegsbetroffene gestellt hat und seine Teilnahme in Lübecker Gebiet dem Lübecker Landesausschuß für Kriegsbetroffene überweist, hat in diesem Winter eine kräftige Tätigkeit in unsemr Freizeitsport entwickelt. Große und kleine Beträge in Stadt- und Landessport haben bisher 12 250 Mk. erbracht; beteiligt waren die Bezirkschule in Schönbrunn mit einer Sammlung von Korn und Mehl, beeren, die von Krumbek mit einer Kerntammlung, die von Tramm mit einer Kastanienammlung, die Jentische Freischule mit einer Geldsammlung. Eine Aufführung des Privatgymnasiums brachte 1530 Mk., eine solche der ersten Mädchen-Mittelschule 800 Mk., eine der Bezirksschule in Reihling 150 Mk., von einer Aufführung des Katharineums wurden 60 Mk., von einer Broderiammlung 90 Mk. abgeführt; der Reinertrag der großen Aufführung aller Lübecker Schulen war rund 9450 Mk., wozu noch 120 Mk. von Sonderaufstellungen des Lejungs, der 1. Mädchen-Mittelschule und der Privatschule in Travemünde kommen. Die Aufführung der Oberrealschule zum Dom im Stadttheater hat noch für den 17. März in Aussicht. Offenheit bringt die tolle Arbeit unserer Jugend auch im nächsten Jahr noch weitere Erfolge.

Schreiben Sie schlecht? Unter dieser Überschrift bietet der Verlag Rula, Reutlingen, in allen Zeitungen größerer Städte eine „Schönheitsreformmethode“ an. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelkuren in Lübeck warnt vor Ankauf der verbotenen Schindels, das mit Nachnahme 2,00 Mk. kosten soll. Geschädigte wollen der genannten Stelle ihre Erfahrungen mitteilen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Dögelisdorf. Die 64 Jahre alte Witwe Aue, die an einer Holzschäufelmaschine beschäftigt war, wollte ihr vom Winde fortgewehtes Kaputtstück ergreifen, wobei sie in das Getriebe der Maschine geriet und ihr der linke Oberarm oberhalb des Ellenbogens glatt abgeglüht wurde.

Die Gedächtnisfeier für den im Kriege gefallenen Dichter Hermann Löns, die am Mittwoch, dem 13. d. M., abends 7 Uhr im Marmoraal in Lübeck stattfand, wurde von der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung am 11. d. M. auch in Hamburg veranstaltet. Der große Saal der Musikhalle, der 2000 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Abend gestaltete sich zu einer erhebenden Feier. Sowohl der Vortrag und die Rezitationen von Professor Dr. Werner Deetjen wie der klangvolle Gesang von Frau Martha Brehling-Wülken gingen den Hörern zu Herzen. Es sei nochmals auf das Besondere des Dichters abends in Lübeck hingewiesen. Uebrigens hören wir, daß Herr Schulrat Prof. Dr. Jakob Wagnram einige einleitende Worte sprechen und damit die Dichterabende der Stiftung in Lübeck aus der Taufe heben wird.

Stodoltdorf. Gemeinderatsitzung. In der gestrigen Gemeinderatsitzung wurde als Abgeordneter zum Landesauschüß Gedonke H. F. Stodoltdorf wiedergewählt, zu dessen Stellvertreter H. Künzele-Ravensbühl. Ferner wurden begründete Steuerreklamationen genehmigt. Die Kartoffel-Lieferung, die von Seiten des Landesverbandes an die Gemeinde erfolgt, wurde einer scharfen Kritik unterzogen und sprach sich die Gemeinderatsversammlung dahin aus, daß der Preis, der vom Landesverband gefordert wird (9,50 Mk. pro Zentner), viel zu hoch sei. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, Sorge zu tragen zu wollen, daß mehr Kartoffeln herangeschafft werden, da eine Kartoffelknappheit besteht. Hoffentlich sind die teuren Kartoffeln, die der Landesverband eingemietet hat, bald alle, denn es gibt hier zahlreiche Familien, die noch ein erhebliches Quantum Kartoffeln einnehmen müssen und bei diesen hohen Preisen ist es den meisten Familien bald nicht möglich, sich mit Kartoffeln einzudecken. Bei solchen horrenden Preisen ist bald keine Arbeiterfamilie imstande, sich Kartoffeln zu kaufen, viel weniger noch die Kriegserwitwen und Kriegerväter, und meistens kommen nur solche Familien beim jetzigen Eindecker von Kartoffeln in Betracht, die nur ein niedriges Einkommen haben. Hoffentlich läßt der Landesverband etwas Rücksicht mit solch armer Bevölkerung dieser Gemeinden und stellt die Kartoffeln billiger zum Verkauf. Oder will der Landesverband ein gutes Geschäft damit machen?

Hamburg. Der Papiermangel. Wir lesen in unserem Hamburger Volksblatt: Kohlenmangel in den Papierfabriken. Ueber den Papiermangel hat die Herstellung von Zeitungsdruckpapier so empfindlich gehandelt, daß unser Papiermarkt nahezu erschöpft ist und das Erscheinen des „Echo“ in Frage gestellt wird, wenn nicht in letzter Stunde Papier eintrifft.

Hamburg. Eine ganze Familie durch Gas vergiftet. Am Montag nachmittag wurde der Geldbriefträger Poggenke mit Frau und Kind in seiner Wohnung am Knicker 3 tot aufgefunden. Die Gasbombe in der Wohnung waren geöffnet. In einem Brief an seine Verwandten teilte Poggenke mit, daß er wegen dienstlicher Verhältnisse mit seiner Familie freiwillig aus dem Leben scheide. Als die Verwandten am Montag nachmittag den Brief erhielten, eilten sie sofort nach der Wohnung des Briefschreibers, fanden diese aber verschlossen. Auf Anordnung benachbarter Polizeibeamten wurde die Wohnung gemaltamt geöffnet. Man fand in der mit Gas gefüllten Küche die drei Personen leblos vor. — Bei einer Rettungstat ertranken in der Schiffsstraße ein Ehepaar. Er wollte dem Kranken Hohl, der beim Spielen auf Eislaufen bei der Gurktüschel ins Wasser gefallen war, zur Hilfe kommen und ertrank dabei.

Brandstiftung. Raubmordverbrechen. Am 2. Februar ist der Ehefrau Dabelstein aus Delingsdorf bei Bargteheide auf der Landstraße zwischen Delingsdorf und Krümmersberg mit einem eisernen Hammer die Schädelkappe eingeschlagen und ihr die Handfläche mit Tabak gestreut. Sie ist noch am Leben, jedoch nicht vernunftfähig. Am Tatort fand man hinter der Hammer, ein Messer, dessen Trichter, einen Revolver und ein Eisenstück mit gebogener Spitze zurückgelassen. Der unbekannt Täter ist etwa 40 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkle Haare, dunkles Haar, langen Schnurrbart, kurzen horrenartigen Kollbark und trägt das rechte Bein nach. Man vermutet, daß der Täter aus Hamburg stammt und sich auf einer Handwerkerreise befindet. Er wird schon am vorigen Sonntag wegen Kartoffeln in der Gegend, wurde aber abgemeldet und erschien am Freitag nachmittag wieder. Der Mann hat erzählt, daß er Kriegsgefangener ist und eine Schutzwunde am rechten Bein hat. Er will in Gesehacht arbeiten, nachhelfen haben, die am 9. Uhr abends beginnt, und hinter von vier Kindern sein.

Brandstiftung. Eine schwere Dinersplosion ereignete sich in der Wohnung des Drechslermeisters Endemann in der Damm-Allee. Der große Kachelofen hatte durch die Gewalt der Dampfgas nachträglich auseinander. Die im Zimmer verbleibenden Kachelstücke trafen den jährigen Sohn am Kopf und brachten ihm schwere Verletzungen bei: die übrigen im Zimmer anwesenden 5 Personen kamen mit dem Schrecken davon. Wie gewöhnlich die Explosion war, ist daraus zu ersehen, daß vor dem ganzen Kachelofen nur noch der eiserne Fuß zurückblieb.

Harkara. Die Güterherausgaben. Von neun Eisenbahnarbeitern, die sich wegen ungenügender Güterherausgaben vor dem hiesigen Schlichteramt zu verantworten hatten, trafen es am letzten Anna Popelowsky aus Wilhelmsburg und Stanislaw Kowal aus Hamburg. Sie hatten je sechs Schussmittel, Pistolen, Unterzeuge, Revolver usw. zurückgelassen, die

zwei von der Polizei ausgehändigt. Zimmer bis oben an mit diesen Sachen angefüllt waren. Diese beiden Diebinnen wurden zu je sechs Monaten, die nicht ganz so erheblich beteiligten Rosa Geiler, Katharina Gutschik, Anna Mischorek, Stanislawa Ratschowa und Theresia Biabel, sämtlich aus Wilhelmsburg, ferner Auguste Schillad aus Hamburg zu zehn Tagen bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Heide. Abgefahrene Schleichhandelsware. Beschlagnahmt wurden auf dem hiesigen Bahnhof 250 Pfund Bohnen, die von Lunden nach Hamburg verschoben werden sollten.

Schmerin. Mecklenburgische „Neuorientierung“. Die streikenden Arbeiter in Mecklenburg hatten beim großherzoglichen Ministerium in Schwerin den Versuch gemacht, dies dienstlich verordneten Vorstand des Ministeriums zu sprechen. Nach seiner Rückkehr hat der Vorstand des Ministeriums des Innern drei Vertreter der Streikenden empfangen und ihnen, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, u. a. folgendes mitgeteilt: „Er könne sie nicht als berufene Vertreter der Arbeiter ansehen; wenn er sie empfangen, so geschähe dies lediglich aus dem Grunde, weil ihm daran liege, den Standpunkt der Regierung zur Streikbewegung zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen. Die Regierung verurteilt den Versuch der Streikenden, durch Arbeitseinstellung und Massendemonstrationen Zustände zu schaffen, die wirtschaftlich und sozialer Art von der Regierung zu erpressen, auf das Schärfste, zumal in gegenwärtiger Zeit, wo das Vaterland von Feinden ringsum bedroht, nach fast vierjährigem Kriege im Begriff stehe, die Früchte dieses mit beispielloser Tapferkeit und unvergleichlichem Opfermut geführten Kampfes zu ernten. Die Verantwortung für die durch solche inneren Unruhen unfehlbar veranlaßte Verlängerung des Krieges falle auf die Streikenden und ihre Hintermänner zurück. Im Interesse unserer Kämpfer an der Front müsse die Arbeit in der Heimat unter allen Umständen aufrechterhalten und jeder Störung derselben mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die gegenwärtige Versorgung mit Lebensmitteln entspreche der wirtschaftlichen Lage, die Verteilung sei gerecht, eine anderweitige Regelung sei bei der herrschenden Knappheit aller Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgeschlossen.“ — Darüber, ob auch eine andere Verteilung der politischen Rechte in Mecklenburg ausgeschlossen sei, hat sich der Minister nicht geäußert. Es wäre interessant gewesen, auch hierüber seine Ansicht zu erfahren.

Neubrandenburg. Nach Berlin. Auf dem Bahnhofe Neubrandenburg wurde wieder allerlei Fleisch beschlagnahmt. Zuerst handelte es sich um 6 Kilo Rindfleisch mit irrtümlichem Rindfleisch, die von Ralsin nach Berlin befördert werden sollten, dann um 2 Körbe mit erheblichen Mengen Rindfleisch, die ein Händler von Stenbagen nach Berlin bringen wollte. Zuletzt fiel der Polizei eine Frau in die Hände, die ein auf dem Lande heimlich geschlachtetes Vorkennich nach Berlin einschmuggeln wollte. Alles Fleisch wurde dem Schlachthofe zu Neubrandenburg zugeführt, wo es im Allgemeininteresse Verwendung fand.

Ernährungsfragen.

Agrarische Kriegsgewinne. Einer unserer Leser fand im Lokalanzeiger nachstehendes appetitliches Interat:

Garantiert reines, jöhones Gänseleischmalz und Spießbrüste gibt ab Dom Schönwalde bei Blumenhagen (Udermark). Er kriech nach Schönwalde, worauf ihm folgende Antwort kam:

Schönwalde b. Blumenhagen (Udermark). Wir geben ab Gänseleischmalz pro Pfund 2 Mk. und Spießbrüste pro Pfund 16 Mk. unter Nachnahme. Dom Schönwalde. (Die Welt am Montag.)

Der „Ausgleich“.

Häufig ist über die Preispolitik der Reichsstellen für Nahrungsmittel in der Presse geklagt worden, ohne daß eine Bedeutung erfolgt ist. Es wird festgehalten an der Praxis, Milchwirtschaftliche als Kosten der Verbraucher zu zahlen. Was das angeht, das wollen wir heute an folgendem Beispiel zeigen: Wir erörtern uns nicht vor einer Reichsstelle, sondern wir haben auch eine Reichsstelle für den „Ausgleich“, und sie wirtschaftet noch als kapitalistisches Grundgeschäft. Der Preis für den Zentner Rindfleisch ist auf 30 Mk. für den Großhandel festgelegt; die Raffinerien erhalten aber 26 Mk., und die hiesigen Metzger werden aus der Ausgleichsstelle gezahlt, in die Millionen fließen, weil sie die Ausschläge erhält, die auf den übrigen Zucker gelegt sind. Und zwar auch für den Zentner Zucker, der dem Marmeladen- und Konfektfabriken zugeführt wird, ein Preis von 44 Mk. gezahlt werden. Zucker, aus dem Feinbrot, Schokolade und andere Süßigkeiten hergestellt werden, kostet nicht weniger als 69 Mk., und selbst der Zucker für die Reichsstellen ist sehr hoch bemessen: er beträgt 54 Mk. Das ist auch ein Kapital, wie bei uns während des Krieges praktisch der Geschäftsbetrieb betrieben wird, denn stets wird in der Handlung für Süßwaren und kleine Kinder abgegeben. Auf Zucker zur Herstellung von Wein ist der höchste Aufschlag gelegt; dieser Zucker kostet 169 Mk. Diese Ausschläge haben die Reichsstellen für Süßwaren in die Länge verkehrt, nicht nur die 6 Mk. für jeden Zentner Rindfleisch an die Raffinerien zu entrichten, sondern auch noch im Bereiche des netten Gemisches von 7 1/2 Mil-

lionen Mark Gewinn auf die hohe Rante zu legen. In laufenden Jahre soll der Profit noch größer sein. So wird's gemacht! Das ist die Preispolitik einer Reichsstelle, die wohl gar noch der Ansicht ist, daß sie eine gemeinnützige Tätigkeit entfalte. Reis, Konfekt, Marmelade, Bonbons, Schokolade und Wein könnten erheblich billiger sein, wenn wir diese „Ausgleichsstelle“ nicht hätten. Die Raffinerien, die 36 Mk. für den Zucker erhalten, bringen es auch auf hohe Gewinne. Trotzdem bleibt es nicht bei diesem Preise für allen Zucker. Die Ausgleichsstelle muß höhere Preise festsetzen und so dem Volke Nahrungsmittel verbauern, auf die es jetzt im Kriege angefangen des Fettmangels ganz besonders angewiesen ist. Nicht nur das private Kapital wuchert die Verbraucher aus. Die Preispolitik mancher Reichsstellen muß auch auf das schärfste bekämpft werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Wenn der Arbeiter sein Recht fordert. Anlässlich einer Verhandlung, die am 5. Februar vor dem Königl. Richteramt in der Gewerbebehörde stattfand, erklärte der Vertreter der Bau-Firma Heim. Stöcker: „Wenn das Gewerbegericht zugunsten der Arbeiter entscheidet, dann hagelt es aber Gebührensbeschlüsse.“ Es handelte sich um eine Klage der Arbeiter wegen Nachzahlung von Beträgen für zu wenig gezahlte sogenannte Ausstellungen. Aus jenem Auspruch erhellt deutlich, warum so viele reklamierte Arbeiter nicht mehr wagen, mit Klagen gegen die Unternehmer vorzugehen, wenn sie nicht den richtigen Lohn erhalten. Die Arbeiter wissen eben ganz genau: wenn man auf seinem Recht besteht und sich insofern beim Unternehmer mißliebiger macht, so hagelt es Gebührensbeschlüsse. Wenn trotzdem fast keine Woche vergeht, wo sich die Tarifinstanzen und die Gewerbebehörden mit Klagen der Arbeiter wegen Nichtzahlung der Ausstellungen, des Mittagessens oder der Wegezeit beschäftigen müssen, dann geht daraus hervor, daß gewisse Unternehmer wirklich kein Mittel unversucht lassen, um sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Würden die Unternehmer in Friedenszeiten ein derartiges Benehmen an den Tag legen, ein Streik würde den anderen ablösen. Jetzt aber glauben sie, sich gegen die meist reklamierten Arbeiter alles erlauben zu dürfen. Dann wundern man sich, wenn endlich den Arbeitern der Geduldsfaß renzt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Februar. (Amtlich.) Im östlichen Teil des Nermel-Kanals und an der englischen Westküste vernichteten unsere U-Boote 18 000 Brutto-Register-Tonnen feindlichen Handelsraums. Alle Schiffe, mit Ausnahme eines in Ballast fahrenden, waren beleidet. Ein etwa 5000 Brutto-Register-Tonnen großer Dampfer wurde aus einem Geleitzuge herausgehoben, ein anderer allein fahrender Dampfer von mindestens 6000 Brutto-Register-Tonnen trotz harter Bedeckung versenkt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 12. Februar. Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, haben Herr von Kühlmann und die Mitglieder der deutschen Delegation gestern abend Brest-Litowsk verlassen und werden heute mittag in Berlin eintreffen. Auch Graf Czernin und seine Mitarbeiter sind gestern abend von Brest-Litowsk abgereist. In einigen Zeitungen wird die Möglichkeit angedeutet, daß Deutschland den Waffenstillstand nicht erneuern werde. Es ist fraglich, ob nach der Erklärung Trotski und der Demobilisation der russischen Armee ein Waffenstillstand überhaupt noch besteht. Der Waffenstillstandsvertrag ist wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, zwischen den beiden Armeen abgeschlossen worden und setzt die Existenz der vertraglichstehenden Parteien voraus. Man kann sehr wohl die Auffassung vertreten, daß er von selbst in dem Augenblick seine Gültigkeit verloren hat, wenn eine der beiden Parteien nicht mehr vorhanden ist.

Amsterdam, 12. Februar. (Privattelegramm.) Reuter meldet aus London offiziell: Der englische Torpedojäger „Boger“ ist in der Nacht zum 8. Februar infolge einer Kollision im Kanal gesunken. 1 Mann wird vermisst.

Briefkasten.

H. S. 1. Die Angehörigen von Sanitätären der freiwilligen Krankenpflege erhalten Unterstützung. Allerdings nicht vom Roten Kreuz, sondern von der Kommission für Angehörigenunterstützung (Polizeiamt). Anträge sind beim Polizeiamt, Breitenstraße, Kanzleiabteilung, zu stellen. Voraussetzung dafür ist, wie bei allen anderen Unterstützten, der Nachweis der Bedürftigkeit. Diese wird durch Ermittlungen des Polizeiamtes festgestellt, wobei es sich der Hilfe der Pfleger des Roten Kreuzes bedient. Es wird nur Unterstützung vom Tage des Antrages gezahlt, nicht für rückliegende Zeiten. — 2. Davon ist uns nichts bekannt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Deutscher Transportarbeiterverband
Arbeiterverwaltung Lübeck.
Todes-Anzeige.
Der Angesehene die fromme Nachgelassene, daß unser Kollege
W. Lange,
Schauspieler,
im Alter gefallen, und der Kollege
Wilh. Bibau,
Kaufmann,
bestorben ist.
Die Beerdigung von Bibau findet am Donnerstag, dem 14. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle auf dem Friedhof St. Nikolai statt.
Der Vorstand.

Ein heizb. möbl. Zimmer
am Markt, am 1. März 1918
Nr. 10. Preis 100 Mk.
Kauf von Zedra, auch heizb. und mit Bad, am 1. März 1918
R. Tesmer, Postenstraße 15.
Deutsch-russischer Soldatensprachführer.
— Preis 20 Pfg. —
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannstraße 46.
Sterbekasse der Vertriebenen Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch, d. 13. Februar
abends 8 1/2 Uhr, sämtlich in Krüppelzimmer des Bürgervereins.
Anwesenheit: Vorstand, Kassier, Schriftführer, Rechnungsabw. und Mitglieder des Vorstandes, Damen.
Der Vorstand.

Zeitschriften aller Art.
Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Versammlung
der Mitglieder und deren Damen am Mittwoch, dem 13. Februar abends 9 Uhr im gg. Saale des Bürgervereins.
Ziel Kartens: Meine Gesinnung bei den Franzosen nach 25-jähr. Tätigkeit in Salonik.
Der Vorstand.
Hansa-Theater.
Rente abend 7 Uhr: (67)
Die Förster-Christel.

Sozialdemokratische Frauen.
Gemüthlicher Abend
am Donnerstag, 14. Februar abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Jelkenstraße 50-52.
— Gäste willkommen. —
Jahresfeierlichkeit erwartet.
Die Einberuferin.
Stadttheater.
Dienstag, dem 12. Februar 1918:
Was Ihr wollt.
Leinwandspiel von Shakespeare.
Mittwoch, d. 13. Februar 1918:
Die Eszarkasfürstin.
Donnerstag, d. 14. Febr. 1918:
Der Troubadour.
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Hermann-Löns-Abend
der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung. (621)
Vortrag und Rezitation Professor Dr. Werner Deetjen, Direktor der Groß. Bibliothek, Weimar.
Gesang Frau Martha Brehling-Wülken, Hamburg.
Mittwoch, den 13. Februar, pünktlich 7 Uhr, Marmoraal.
Donnerstag, 14. Februar 1918, 7 1/2 Uhr: Marmoraal-Stadttheater: 616
Gorb-Fock und Fritz-Reuter-Abend
von Wilhelm Corssen-Ovelgönne.
Im Programm u. a.: Kapellen (Fock) Dörrhüchting (Reuter). Wat Hein Sass in'n Leben kam (Fock).
Preise der Plätze: 3, 2 und 1 Mk. Vorverkauf im Odeon-Musikhaus, Breite Straße 53 und an der Abendkasse.
Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Die Ukraine.

Von ukrainischer Seite gehen uns folgende Darlegungen zu, die angesichts des Sonderfriedens mit der Ukraine ein besonderes Interesse haben.

Die Ukrainer, ein Volk von reichlich 30 Millionen Einwohnern, die ihre eigene, vom Russischen ganz verschiedene Sprache sprechen, wurden bis zum Ausbruch der Revolution von dem herrschenden Großrussentum als völkische Sondergruppe gelehrt. Obgleich die beiden Sprachen soweit voneinander abwichen, daß ein gegenseitiges Verstehen vollständig ausgeschlossen ist und auch eine eigene ukrainische Literatur vorhanden ist (erwähnt sei hier der als Volks-heros gefeierte Dichter Schewtschenko), gab es in der großrussischen Auffassung weder Ukrainer noch auch eine ukrainische Sprache. Weder in der Schule oder Kirche, noch auch in öffentlichen Versammlungen oder in der Presse durfte anders als großrussisch gesprochen oder geschrieben werden. Kein Buch in ukrainischer Sprache durfte in Rußland gedruckt oder nach Rußland eingeführt werden. Nachdem die Ukrainer unter ihrem Hetman Mazepa zusammen mit Karl XII. von Schweden vergeblich verhandelt hatten, ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen, war das Schicksal des Volkes, dessen obere Schichten entweder polonisiert oder russifiziert wurden, für zwei Jahrhunderte in russische Hände, die ihre Macht schonungslos ausübten, gegeben. Die Ukrainer sind heute ein Bauernvolk, da der Großgrundbesitz im westlichen Teil polnisch, im östlichen Teil großrussisch geworden ist. Es mußte daher der Stolypinsche Staatsstreik vom Jahre 1907, der das absolute Uebergewicht bei den Dumawahlen dem Großgrundbesitz gab, jegliche ukrainische Vertretung in der Duma ausschließen, während es vor der Wahlgesetzänderung in der ersten Duma 44 und in der zweiten 82 ukrainische Abgeordnete gab. Die Bevölkerung der Städte ist zum größten Teil großrussisch, auch die Arbeiterschaft der Kohlen- und Erzgruben besteht nur zum Teil aus Ukrainern, zum anderen aus zugewanderten Großrussen. Erst die große Revolution vom Jahre 1917 hat den Ukrainern ihre Selbständigkeit wiedergeben können und zwar erst von dem Moment an, wo der Sieg dem Sozialismus zufiel. Einmal stand das gesamte bürgerliche Rußland, einschließlich die Kadetten, dem ukrainischen Selbständigkeitsdrang feindselig gegenüber, andererseits gab es unter den Ukrainern keine bürgerlichen Elemente, die dem Volke hätten Führer sein können, da die oberen Schichten eben russifiziert waren. Erst nachdem das Volk selbst sein Schicksal in die eigene Hand nehmen konnte, steht sich die Bewegung zu einer staatlichen Selbständigkeit durch. Entsprechend seinem Charakter als Bauernvolk steht für die Ukrainer die Agrarfrage obenan. Infolgedessen finden sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl den Weg zur Sozialrevolutionären Partei, der sie sich anschließen, weil das Agrarprogramm dieser Partei ihren Wünschen am weitesten entgegenkommt. Wenn anfänglich ein verhältnismäßig großer minimalistischer Einfluß in der Ukraine bestand, so erklärt sich dieses durch die politische Herrschaft der Minimalisten in Rußland und das Vorhandensein einer starken großrussischen Stadtbevölkerung in der Ukraine. Mit dem Siege der Maximalisten in Rußland tritt in der Ukraine eine scharfe Scheidung zwischen den sozialrevolutionären Ukrainern und den großrussischen Maximalisten der Arbeiter- und Soldatenräte zutage. Die Agrarfrage in der Ukraine ist in gleichem Maße eine soziale als auch eine nationale. Es gilt hier dem ukrainischen Bauern das Land des fremden polnischen oder großrussischen Großgrundbesitzers zuzuführen. Wir verstehen infolgedessen, warum die Enteignung des Großgrundbesitzes als eine der ersten Maßnahmen angeordnet wird. Auch die Beschaffung der Bergwerke, Kohlengruben usw. ist gleichermaßen als aus nationaler Triebfeder entsprungen aufzufassen, da hier neben großrussischem Kapital vornehmlich ausländische, vorwiegend belgisch-französische Gesellschaften die Eigentümer der Unternehmen sind.

Das Territorium des ukrainischen Staates umfaßt zurzeit gemäß den Bestimmungen des dritten Universal der

ukrainischen Zentralrada die Gouvernements Kiew, Bodo-lien, Wolhynien, Tschernigow, Poltawa, Charkow, Zekaterinoslaw, Cherson, Taurien nördlich der Halbinsel Krim und Teile des Gouvernements Wronesch, Kursk, Cholm. Bezeichnend ist, daß die russische Provisorische Regierung, als von der Bildung eines ukrainischen Landesstaates innerhalb der russischen Föderativrepublik die Rede war, nur die ersten fünf Gouvernements als ukrainisches Gebiet anerkannte, während alle jene Gebiete, denen eine hervorragende wirtschaftliche Bedeutung zukommt, bei Rußland bleiben sollten. Dieses gilt für die Kohlen- und Erzgebiete und ganz besonders für die Schwarzmeerküste, von der die Ukraine durch Abtrennung der Ufergouvernements Cherson, Taurien und Zekaterinoslaw abgedrängt werden sollte. Auch hierin zeigte sich die ablehnende Haltung der russischen Revolution gegen einen freien ukrainischen Staat in seinen ethnographischen Grenzen, wie er augenblicklich besteht. Erst der Sturz der Kerenskischen Regierung und die damit verbundene Auflösung der großrussischen Machtverhältnisse ermöglichte den Ukrainern ein kraftvolles Auftreten, wie es durch Ausrufung einer ukrainischen Volksrepublik am 21. November erfolgte. Ein Universal umschrieb die Grenzen des Staates wie oben angegeben.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß die Ukrainer bei Bestimmung ihres Territoriums entgegen ihren ursprünglichen Absichten, Bessarabien und die Krim freigegeben und auch im Osten an der Westgrenze des Donkosakengebietes halt gemacht haben. Wir erkennen hier nicht eine weise politische Selbstbeschränkung, die den Zweck verfolgt, zu den Nachbarn im Westen und Osten von vornherein gute Beziehungen aufzunehmen und vor allem im unermüdlichen Kampfe gegen die Polen und Großrussen eine Rückentwicklung nach den anderen Fronten zu haben. Es bahnt sich schon hier ein Zusammengehen der südrussischen Staaten an, das nachher im gemeinsamen Abwehrkampf gegen die maximalistische Herrschaft ein ennes Bündnis zwischen der ukrainischen Volksrepublik, den Donkosaken und dem südöstlichen Bunde zeitigt. Der Gegensatz zu Polen und Großrussen war nicht zu überbrücken angesichts des großrussischen Herrschaftsanspruchs, der gleichermaßen von Bürgerlichen und vielen Sozialisten in Rußland vertreten wurde, und des polnisch-ukrainischen Problems im benachbarten Galizien, wo die neueste österreichische Lösung das ukrainische Oligarchen den Polen auszuliefern drohte. Außerdem bestehen Reibungsflächen im strikten Gouvernement Cholm, wo Polen und Ukrainer sich eng berühren, und in der Westukraine, wo der polnische Großgrundbesitz dem ukrainischen Bauern gegenübersteht. Sowie die Lösung der polnischen Frage, wie sie bei den Mittelmächten als beabsichtigt vermutet wurde, hat in ukrainischen Kreisen seinerzeit arg verstimmt und sogar Proteste ausgelöst. Die neueste Entwicklung hat gezeigt, daß eine wirkliche Unterstützung des ukrainischen Volkes und der ukrainischen Volksrepublik für die Zentralmächte rechnen ist und daß hierbei großpolnische Wünsche zurückgehen müssen, besonders dort, wo ein Uebergewicht ukrainischer Interessen festzustellen ist.

Die Ukraine erfüllt alle Voraussetzungen für ein nationales Eigenleben. Sie stellt nicht nur ein gewaltiges geschlossenes Siedlungsgebiet dar, sondern vereinigt innerhalb ihrer Grenzen auch unermeßliche Bodenschätze, die sie zu einem der reichsten geschlossenen Wirtschaftsgebiete machen. Sie ist nicht nur die Kornkammer Rußlands gewesen, sondern hat auch für den Weltmarkt das russische Getreide hergegeben. Die Ukraine ist eines der reichsten Weizenländer der Welt. Der durchschnittliche Ertrag an Weizen, Gerste und Roggen betrug im Anfang des 20. Jahrhunderts 150 Millionen Zentner, im Jahre 1910 215 Millionen Zentner, d. h. 33 Prozent der gesamten russischen Ernte im europäischen Rußland. Ein anschauliches Bild über den Getreideertrag der Ukraine geben die Zahlen der russischen Ausfuhrstatistik. Danach wurden im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1911 72,4 Prozent (im Jahre 1911 waren es 59,2 Millionen Rub) der gesamten russischen Getreideausfuhr über die Häfen des Schwarzen Meeres, d. h.

aus dem ukrainischen Ufergebiet, exportiert. Wenn wir bedenken, daß in den Jahren 1881—1883 nicht mehr als 44,7 Prozent der russischen Getreideausfuhr über die Südhäfen ausgeführt wurden, so vermögen wir die kolossale Entwicklung der ukrainischen Landwirtschaft in den letzten 30 Jahren richtig einzuschätzen und vor allen Dingen zu erkennen, von welcher eminenter Bedeutung die weiter zunehmende Erzeugung für den Weltmarkt sein wird.

Während im Getreidebau Rußlands die Ukraine einen sehr wesentlichen Raum einnimmt, erzeugt sie mehr als zwei Drittel des Tabaks (60 Proz.) und nahezu allen Zucker in Rußland. Das Zuckermotopol, das die Ukraine augenblicklich hat, ist ihr ein wichtiges Mittel im Austausch mit den neuen Nachbarstaaten im Osten. So hat z. B. die Ukraine neuerdings 50 Mill. Rub Zucker der Kubanrepublik im Austausch gegen Sonnenblumenöl und andere Lebensmittel angeboten. Da in Rußland zurzeit wegen der völligen Entwertung des Geldes an Stelle des Kaufes der Tauschhandel getreten ist, so wird die Ukraine dank ihrer Lage mit Erfolg als Vermittlerin in den Tauschverkehr zwischen den östlichen Gebieten und den Zentralmächten eintreten können, da sie gegen Zucker, Salz, Kohlen, Eisen usw. Pflanzenöl, Baumwolle, Manganerze und Getreide aus der Nordukrainischen Ebene und viele andere Waren eintauschen wird, die im Westen dringend benötigt werden.

Neben der landwirtschaftlichen Erzeugung liefert die Ukraine gemeinsam mit dem Donkosakengebiet fast die gesamte Kohlenmenge, die in Rußland gefördert wird (1912 1,9 Milliarden Rub in ganz Rußland). Das übrige Rußland, insbesondere die Mittel- und Nordrussische Industrie sind vollständig auf die südliche Kohle angewiesen. Gleich stark ist die Beteiligung der Ukraine an der Eisenerzförderung (74 Prozent). Dazu kommen 32 Prozent Manganerz, 31 Prozent Kupfer, 53 Prozent Salz, 90 Prozent Silber, 81 Prozent Blei, 100 Prozent Quecksilber.

In den letzten 20—30 Jahren hat sich mit dem Aufblühen des Wirtschaftslebens in der Ukraine das wirtschaftliche Zentrum Rußlands vom Norden in den Süden verlagert und wenn überhaupt von einem zusammenhängenden großrussischen Wirtschaftsgebiet gesprochen werden konnte, so lag jedenfalls das Uebergewicht längst im Süden. Entsprechend dieser Sachlage muß der Kampf, der augenblicklich zwischen Nordrußland und der Ukraine tobt, zu einem vollen Zusammenbruch des ersteren führen, da die Industrie aus Mangel an Kohlen und Kohlstoffen erliegend ist, und die Bevölkerung der großen Städte und Industriezentren im Norden der wichtigsten Nahrungsmittel beraubt wird.

Der Aufbau des ukrainischen Staates hat, nachdem unter Führung des Professors Hruschewsky sich eine ukrainische Zentralrada, in der billigerweise alle Parteien und auch nationale Minderheiten eine Vertretung erhalten hatten, gebildet hatte, schnelle Fortschritte gemacht. Krönung Juli bildete sich das erste Ministerium (Generalsekretariat) unter Leitung Wirtschakows, der in geschickter und tatkräftiger Weise am Staatserben der Ukraine arbeitet. Schon früh wird dabei auf die Notwendigkeit der Bildung einer eigenen Armee hingewiesen, weil sonst dem russischen Herrschaftsgedanken ein eigener Wille nicht entgegengehalten werden kann. Sehr allmählich, gegen starke Widerstände, wird die „Ukrainisierung der Armee“, d. h. die Zusammenfassung der ukrainischen Soldaten und Offiziere zu Truppeneinheiten durchgeführt. Das erste ukrainische Regiment wird auf den Namen des Hetmans Bogdan Chmelnyzki getauft und in Kiew als Schützenregiment für die Rada stationiert. Diese Bewegung macht schnelle Fortschritte, es entstehen ukrainische Armeekorps und schließlich zuletzt ukrainische Armeen. Allerdings muß festgehalten werden, daß ein großer Teil der ukrainischen Truppenteile außer Landes inmitten russischer Truppen und Armeen verstreut ist und diese Truppenteile augenblicklich von der Heimat abgeschnitten sind und von den Russen verhindert werden, am Kriegen um das Sein derselben teilzunehmen. Andererseits ist es den Ukrainern gelungen, den größten Teil der inmitten ihres Gebietes stehen-

Handel und Wandel.

Von F. W. Hasländer.

21. Fortsetzung.

Ob dieser Aeußerung lachte der Schneider übermäßig, und nachdem er sich vergeblich bei Philipp erkundigt, welches Zeichens er sei, da der Ladenbesitzer auch diesen Ausdruck nicht kannte, setzte er ihm aneinander, daß Zeichen in der Handwertsprache so viel bedeute, als an irgend einer geöffneten Haustür oder auf der Landstraße an einem vorbeifahrenden Wagen um eine kleine Anleihe zu bitten. — Durch diese freundschaftlichen Lehren aufgemuntert, ließ der unschuldige Arrestant sich nicht lange nötigen und erzählte, durch welche Tücke des Schicksals er hierher gebracht worden sei, eine Geschichte, welche die vier nicht wenig ergötzte; namentlich schienen sie, jedoch zum großen Mißvergnügen Philipps, am Doktor Burbus viel Geshmack zu finden, und einer der Burbschen meinte, das sei ein Kapitalerl. Der Schneider aber ließ nach einer Weile wehmütig sein Haupt sinken und sagte in traurigem Tone: „Ach Gott, mit solchen Verwechslungen — das kann sehr unangenehme Ausläufe nach sich ziehen, ja, ich verführe euch, sehr unangenehme Ausläufe.“ — „Hast du hierin ebenfalls unangenehme Erfahrungen gemacht, Schneider?“ fragte einer lachend, worauf der Schneider sein Haupt noch tiefer auf die Brust senkte und zur Antwort gab: „O Jott, Bruder Danziger, dieses war der höchstschlimmste Augenblick meines Lebens!“ — „Das soll er uns erzählen“, riefen die anderen, und der Bruder Danziger setzte hinzu: „Ja, Bruder Schneider, erzähle, es wird dein armes Herz erleichtern.“

Der Kleiderhändler richtete sich auf bei dieser Rede, geschmeichelt durch das allgemeine Verlangen, seine Geschichte zu hören, und zog seine Beine fester an sich, wie er es jedesmal machte, wenn er ein Hauptstück Arbeit begann, fädelte sein Gedächtnis in die frühe Junge und begann, nachdem er vorher drei tiefe Seufzer getan: „Wenn es auch in meiner jungen Jugend gerade nicht mein Wille war, das Schneiderhandwerk zu erlernen, so mußte ich doch hierin meinen Papa folgen, der seines Zeichens ein Küfer war und beständig behauptete, bei meinem schwächlichen Körperbau sei das Schneiderhandwerk das einzige, wozu mich Gott mit den natürlichen Anlagen versehen. Das muß wahr sein, ich war beständig sehr friedfertiger und stiller Natur. Wenn ich die anderen Knaben herumdalagte, sah ich entfernt und schante zu. Wißt ihr, es war damals schon so etwas Stäniges, Sentimentales in mir.“ — „Verstehe, verstehe“, sagte der Bruder Danziger, der Schloffer, und brachte sein breites, rotes Haupt zu eine bequeme Lage, indem er ein paar kräftige Häute darunter schlugte.

„Von allen Spielen“, fuhr der Schneider fort, „wobei es galt Schach zu spielen oder körperliche Kraft zu entwickeln, hielt ich

mich, wie gelagt, fern, und mußte deshalb viel von meinen Kameraden erliden. Wie oft schlichen sie in die Kirche, wenn mein Herr Papa selig zur Wesper die Glocke anzog, und sagten alsdann, wenn er fort war, die Seile, um sich durch die noch hin und her schwingenden Glocken hoch gegen die Decke schleudern zu lassen; ein schreckliches Vergnügen, das mir jedesmal Haarträuben machte. Da ich auf diese Art so gar nicht mit meinen Kameraden harmonierte, wurde es mir nicht schwer, die Heimat zu verlassen, um in der benachbarten Stadt die Schneiderei zu erlernen. Auch war mein schwärmerischer und sinniger Charakter schuld, daß ich mir die zarteste Branche des Gewerbes erkor. Ich bildete mich zum Damenkleidmacher aus. Ich weiß nicht, für mich lag in dem Worte Damenkleidmacher so etwas Fines, Gefühlsvolles, und wenn ich in meine Freistunden schöne, lehrreiche Bücher las, worin die Geliebte zu ihrem Geliebten sagt: O Ritter vom halben Mond, wie liebe ich dich! da dachte ich — es war vielleicht Schwärmerei — wieviel schöner es klingen würde, wenn sie spräche: Ach, Damenkleidmacher, wie liebe ich dich!“

„Aha“, lachte der Schloffer, „bei den Gedanken wird's lange Sitze in den Kleidern und lange Striche auf deinen Rücken gegeben haben.“ — „O du irrst, Danziger. Ich kam es mir zum Ruhme nachsagen, daß ich einer der fleißigsten und geschicktesten Arbeiter war. Dafür schenkte mir auch der Meister sein Vertrauen, und es dauerte nicht lange, so wurde mir das Maß anvertraut und ich durfte hier und da zu den Kunden gehen, um sie zu bedienen. Ach, das waren süße Stunden für mich, Stunden, von denen du, Bruder Schloffer, bei deinem schwarzen, fauren Geschäft und ihr anderen bei eurer Hobelbank keine Ahnung habt. Seht ihr, das Maß anlegen zu dürfen um die Taille irgend eines hübschen Mädchens, darauf den Querschnitt von der rechten Hüfte über die linke Brust bis auf die Achsel hinauf messen zu dürfen — ach, und die Fragen, die mir erlaubt waren!“ — „Im, hm!“ schmunzelte der Schloffer und die beiden Schneider lachten sich augenscheinlich an den Lippen; selbst über Philipps Gesicht jubelte eine gelinde Rote.

„Der Schneider und der Doktor“, fuhr der Erzähler fort, „der Doktor und der Schneider, vor diesen beiden Geschäften genieren sich die Weiber am allerwenigsten. Ich sage euch, Leute, ich muß meine Erinnerungen gewaltsam unterbrechen; dieses Arrestlokal und jene süßen Gedanken — schauerhaft! — So war ich bei meinem Meister in der Stadt von meinem festgehalten bis zu meinem zwanzigsten Jahre, und was mich bei den Gefahren, die meine Moral rings umgaben, allein erhielt, das war, ach Jott! eine ephemeret reine Liebe, die ich zur Tochter meines Meisters — sie hieß Rosine — in meinem Herzen nährte. — Rosine — Damenkleidmacherin — das waren Worte, die mir, mit jungen Bildern umgeben, im Traum und Wachen vorschwebten. Wir hätten sie aber auch sehen sollen. Heute zum Maß ihrer Taille

haben 50 und 60! dabei hatte sie schwarze feurige Augen, schönes Haar, rote Backen und schneeweiße Zähne.“ — Bei dieser Beschreibung machte Bruder Danziger, der Schloffer, eine kleine Bewegung und legte sich auf die Seite.

„Wie ihr es mir jetzt noch anseht“, fuhr der Schneider fort, „kann man von mir nicht sagen, daß ich sehr robust und von hartem Körperbau sei. Damals, das sind nun schon vier Jahre, war ich noch etwas schwächlicher, monach ihr euch leicht vorstellen könnt, daß ich wie ein Kind neben der Jungfer Rosine stand. Doch schreckte mich das nicht ab, vielmehr dachte ich an den unsterblichen Schiller, wenn er sagt, daß nur das Ungleichere einen guten Klang gibt und daß sich das Harte stets mit dem Weichen verbinden müsse.“

„Ob Jungfer Rosine“, fuhr der Schneider fort, „von meiner Liebe damals eine Ahnung hatte oder nicht, wer weiß es? Daß sie mich nicht zärtlich wieder liebte, das konnte ich allenfalls wohl sehen, doch glaube ich deswegen nichts von den Sticheleien meiner Kameraden, wenn sie einander ziemlich laut ins Ohr raunten, daß Jungfer Rosine eine ernsthafte Liebhabin mit einem gewissen Ulanenwachmeister habe, den auch ich sehr wohl kannte. Daß sie zufälligerweise gewöhnlich am Fenster war, wenn die Schwadron vorbeiritt, und daß sie dem Wachmeister zusahelte, hatte er eine kleine Bewegung mit dem Säbel gegen sie machte, wenn ich seine Richtigkeit. Aber, mein Jott! was konnte ich daraus Arges abnehmen? Er kannte den Meister von früher her, kam auch hier und da ins Haus, fuhr, ich sah nichts Böses dahinter. Da eines Tages schickte mich der Meister zu Jungfer Rosine hinauf, um ihr einen neuen Ueberrock anzumessen, den ich die Ehre haben sollte zuzuschneiden. Ich maß, o Jott! Und wenn ich auch zehnmal zusahelte, ob ich nicht ein falsches Maß erwirgt habe, und wenn ich das Leder auch noch so hart anzog, es blieb nicht mehr bei den Vierundzwanzigen.“

„Oh!“ lachte Bruder Danziger, „das hab' ich mir gedacht!“ — „Ich dachte aber nichts dabei“, sagte der Schneider schwermütig; „ich maß in meiner Unschuld ruhig fort, und nicht einmal das Lausen meiner Kollegen unter, als ich die Zahlen in das Maßbuch eintrug, vermodete argwöhnische Gedanken in mir zu erzeugen. Jungfer Rosine war zur damaligen Zeit freundlicher gegen mich als gewöhnlich, und ich nährte die Hoffnung, endlich ihr jungfräuliches Herz erweichen zu können. Ich feinem sprach sie so freundlich, und stets war eines ihrer teuren Kleidungsstücke mit mir in der Werkstätte, um es auszubessern. Daß ich für diese kleineren Aufmerksamkeiten nicht unempfindlich war, konnte ich euch denken. Bruder Danziger, hast du eine Idee davon, was Schwärmerei heißt?“

(Fortsetzung folgt.)

